

Waiblingen

Protest gegen Auspeitschung von Blogger

Von Jutta Pöschko-Kopp, aktualisiert am 27.01.2015 um 13:06



Gemeinderätin Julia Goll bei der Demonstration für den Blogger Raif Badawi in Frankfurt.

Foto: Privat

Frankfurt / Waiblingen. Die Auspeitschung des Bloggers Raif Badawi darf niemanden kalt lassen, ist Julia Goll überzeugt. Gemeinsam mit einer Gruppe von rund 30 Demonstranten hat sie in Frankfurt vor dem saudi-arabischen Konsulat gegen die unmenschliche Strafe protestiert und die Freilassung Badawis gefordert.

Julia Goll ist Mutter, Richterin und FDP-Gemeinderätin. Dass sie eine Berufsdemonstrantin ist, könnte ihr wirklich keiner vorwerfen. Doch im Fall des verurteilten Bloggers, der in Saudi-Arabien zu 1000 Peitschenhieben verurteilt wurde, weil er den Islam beleidigt haben soll, hat sie sich jetzt zusammen mit einem kleinen Grüppchen anderer Demonstranten mit Schildern und Plakaten auf die Straße gestellt. Einen höflich, aber klar formulierten Brief haben die Männer und Frauen aus Gießen, Bayreuth, Mainz, Frankfurt, Tübingen und Waiblingen dem Generalkonsul des Königreichs Saudi-Arabien übermittelt.

In dem Schreiben fordern sie die Einhaltung der Menschenrechte für Männer und Frauen, egal welcher Religion, Überzeugung und sexueller Orientierung. Raif Badawi habe sich die Freiheit genommen, von der Freiheit für sein Land zu träumen. „Indem Sie ihn ausgepeitscht haben, haben Sie vor der Welt den Respekt vor der Menschenwürde und den

Menschenrechten zerfetzt.“ Das gelte auch für die Verurteilung seines Rechtsanwalts Waleed Abu al-Khair, eines bekannten Menschenrechtlers, zu Gefängnis, Reiseverbot und einer Geldstrafe für das Verbrechen, Raif Badawi mit kritischen Argumenten zu verteidigen. „Diese Form der willkürlichen Gewaltherrschaft zwingt die Menschen Ihres Landes zu Angst, Gehorsam und Erstarrung. Sie fördert die Lüge, Fanatismus, Fundamentalismus und Terrorismus und führt auf Dauer zu instabilen Verhältnissen.“ Das Schicksal von Raif Badawi und seines Anwalts spreche deshalb alle Menschen an, für die Menschenwürde, Menschenrechte und Meinungsfreiheit das Fundament einer friedlichen und menschenwürdigen Welt sind.

In dem Brief sowie auf den Plakaten bieten die Demonstranten an, sich anstelle Badawis auspeitschen zu lassen: Einen Schlag wollen sie jeweils für den verurteilten Blogger übernehmen, der bereits 50 der angekündigten 1000 Hiebe über sich ergehen lassen musste.

Die Aktion „Schlagt uns statt Raif“ ist eine Idee des FPD-Politikers Albert Duin aus Bayern, die sein Parteikollege Christopher Gohl aus Tübingen übernommen und auf Facebook verbreitet hat. Dahinter steht der Gedanke: Wenn sich 950 Menschen finden, um je einen Hieb zu übernehmen, kann Raif Badawi leben.

„Unsere Aktion war zunächst vorrangig darauf gerichtet, 950 Freiwillige zu finden, die je einen Schlag übernehmen würden, der dann Raif Badawi erlassen werden soll“, so Julia Goll. „Es heißt - unbestätigt - dass nach der Scharia jemand die Strafe für einen anderen übernehmen kann.“ Die Aktion solle natürlich die Unmenschlichkeit und Absurdität solch einer Strafe verdeutlichen; das Angebot sei aber tatsächlich ernst gemeint.“ Sie sei bereit, einen Schlag zu übernehmen, gab sie in Frankfurt zu Protokoll.

Aufstehen, nicht wegschauen

Im Moment ist die Bestrafung angeblich ausgesetzt. Das hatte in Ärzteteam nach der Untersuchung des Mannes empfohlen. Die Bestrafung von Badawi hatte internationale Proteste ausgelöst, nachdem ein Video im Internet aufgetaucht war, auf dem die Auspeitschung zu sehen war. Ob es dabei bleibt, ist unklar. Noch ist die Gefahr für den 31-jährigen dreifachen Familienvater nicht gebannt. Auf jeden Fall sei das eine Strafe, die allem Menschlichen widerspreche, sagte Goll. „Jeder sollte aufstehen und seinen Mund dazu aufmachen. Man darf nicht wegschauen.“

Verurteilt wegen Beleidigung des Islams

Bereits 2012 war Raif Badawi verhaftet worden und ein Jahr später zu einem „Ungläubigen“ erklärt worden. In seinen Texten soll sich der Familienvater über saudi-arabische Kleriker und die Moralpolizei des Königreichs lustig gemacht haben. Das Gericht warf ihm vor, er habe Muslime, Christen, Juden und Atheisten als gleichwertig bezeichnet, was gegen ein 2014 in Kraft getretenes Gesetz verstoße.

2014 wurde er wegen „Beleidigung des Islam“ zu zehn Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben sowie einer Geldstrafe von 200 000 Euro verurteilt. Mit der Vollstreckung wurde am 9. Januar 2015 begonnen.

Sein Anwalt Waleed Abu al-Khair wurde zu 15 Jahren Haft, einem Reiseverbot von 15

Jahren und einer Geldstrafe von rund 40 000 Euro verurteilt, weil er Badawi verteidigt hatte.